

MBI INFORMIERT

MÜLHEIMER BÜRGER-INITIATIVEN
UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT

e-mail: mbi@mbi-mh.de

Nr.: 11/04

<http://www.mbi-mh.de>

SPD /CDU -Koalition: Wichtige Anliegen der Bürger einfach von der Tagesordnung gestimmt

Mit zahlreichen Anträgen und Anfragen gingen die MBI am 4. November in die 2. Ratssitzung der neuen Legislaturperiode. Gemäß ihrem Wahlversprechen, sich auch in Zukunft für die Belange der Bürger einzusetzen, standen folgende Anfragen und Anträge auf der Tagesordnung. Durch einen Schulterchluss von CDU/SPD/FDP wurden diese hochbrisanten Themen, ohne jegliche Diskussion, jedoch in diverse Ausschüsse verwiesen.

Hier die Punkte in der Kurzform:

MALZ: Die MBI möchten wissen, wie hoch die Kosten sind, um auch zukünftig beim Mülheimer Arbeitslosenzentrum eine professionelle und unabhängige Beratung für Sozialhilfeempfänger und Bezieher des Arbeitslosengeldes II zu gewährleisten. Auch vor dem Hintergrund einer möglichen Unterstützung in Höhe von ca. 47.000 • für 2005 durch die Landesregierung. Auf Grund des sogenannten Optionsmodells wird Mülheim im kommenden Jahr alleine für die Betreuung der Arbeitslosengeld II – Bezieher zuständig sein.

Müllgebühren für 2005: Die MBI beantragten eine Gebührensenkung bei der Müllabfuhr, weil von 1999 bis 2002 Gebührenüberschüsse in Höhe von 3,3 Mio Euro aufgelaufen sind. Überschüsse müssen aber als Gebührensenkung an die Bürger zurückgegeben werden. Hierzu ist die Stadt innerhalb einer Dreijahresfrist verpflichtet.

Schutz der Heimaterde: MBI-Antrag, OB Mühlenfeld möge Gespräche mit den Käufern der Thyssen – Krupp - Gärten "Zwischen den Gärten" aufnehmen, um diese mittels Grundstückstausches zum Verzicht auf eine Bebauung zu bewegen. Zudem solle die OB als Aufsichtsratsvorsitzende des MWB ihre Wohnungsgenossenschaft umgehend beauftragen, mit Thyssen - Krupp in Verhandlungen zu treten. Ziel dieser Kontaktaufnahme wäre die Übernahme des Mülheimer Wohnungsbestandes – wenn nicht alle, dann aber zumindest die ca. 900 Wohnungen der Heimaterde.

CentrO-Erweiterung: MBI-Antrag, Mülheim solle sich an der Klage anderer Nachbarstädte gegen die geplante CentrO-Erweiterung beteiligen.

Freibad Styrum: Das von der Firma Eko Plant erbaute Naturbad in Mettmann dient als Referenz- Bad für das Styrumer Freibad. Deshalb wollten die MBI von der Verwaltung wissen, ob die Verträge mit dieser Firma bereits unterschrieben wurden. Darüber hinaus wäre ein Überblick bezüglich der Erfahrungen und Probleme von unschätzbarem Wert, da das Bad in Mettmann nun eine einjährige Betriebszeit hinter sich hat. In diesem Zusammenhang ist von Seiten der Verwaltung eine Stellungnahme wünschenswert, was sie dem Rat der Stadt empfiehlt bzw. empfehlen kann, denn in Mettmann gab es große Probleme.

Fazit zum zum Verlauf der Ratssitzung v. 4. 11.04: Ungeachtet der oben geschilderten undemokratischen Vorgehensweise könnte es dann z.B. für die Heimaterde oder das Styrumer Freibad längst zu spät sein, wenn der entsprechende Ausschuss tagt.

Mit der mehrheitlichen Verschiebung aller inhaltlichen Fragen in diverse Ausschüsse haben SPD und CDU den Rat zumindest in seinen ersten beiden Sitzungen zur reinen Abstimmungs- und Pöstchenverteilungsmaschine degradiert. Dies brachte der Fraktionsvorsitzende der CDU im Rat auch mit seinem Antrag zum Schluss der inhaltlichen Debatte zum Ausdruck: Dies sei "Kinderkram" und man wolle endlich zur "eigentlichen Arbeit" kommen; gemeint war der folgende Wahlmaraton zur Besetzung von hunderten Aufsichtsratsposten in diversen Aufsichtsräten und Gremien.

INHALT:

- Todesstoß für Nekes-Sammlung?.....S.2
- Klöttschen endlich beruhigen.....S.2
- Ausschüsse: Wählerwille mißachtet.....S.3
- MALZ - Beratung erhalten!.....S.3
- Die Vertreter/innen der MBI im Rat, Bezirken und Ausschüssen.....S.4

Bevor Mülheim weltweit zum Gespött wird: MBI fordern sofortige Wiederaufnahme der Gespräche mit Werner Nekes, um das Filmmuseum Iris, in der Camera Obscura, endlich zu realisieren!

Zur WAZ-Wahlkampffrage im Aug. 2004 zur Zukunft des Iris-Projekts antworteten die MBI:

„Über Jahre wurde das Medienmuseum mit der Sammlung Nekes in der Camera Obscura als Vorzeigeprojekt Mülheims gelobt. Dann, plötzlich im Juli, erfolgte das angebliche Ende per Verfügung durch OB Mühlenfeld. Obskur und bisher unerklärlich! Die MBI verlangen Aufklärung, warum das Filmmuseum (Iris-Projekt) trotz hunderttausenden • Landesfördergeldern nicht realisiert werden soll. Der würdelose Umgang mit dem Mülheimer Künstler bleibt bisher unerklärt und damit unerhört!“

Ende Okt./November :

Immer noch weiß man nichts Genaueres, tröpfeln Andeutungen, Halbwahrheiten und Unausgesprochenes durch die Medien.

Mittlerweile gehört kein geringerer als **Wim Wenders** zu den Unterstützern der Mülheimer Künstlerinitiative für das Iris-Filmprojekt von W. Nekes. Zu dem Aufruf "Stadt verstößt Künstler", , schreibt der weltbekannte Regisseur u.a.: *"Es erscheint mir nicht nur völlig unverständlich, sondern geradezu absurd, daß eine Stadt wie Mülheim nicht alles daran tut, diese kostbare, kurzweilige und weltweit einmalige Sammlung für sich zu sichern. es rundweg abzuschlagen, dafür fehlen mir einfach die Worte. So ein ,Schildbürgerstreich muß heutzutage doch verhindert werden können!"*

Dem ist nichts hinzuzufügen.

Nach einem ausführlichen Gespräch mit Herrn Prof. Nekes und der Künstlerinitiative sind die MBI

Dilletantismus Pur



in Mülheim an der Ruhr

entsetzt darüber, wie undurchsichtig und unprofessionell die Thematik bisher, von Seiten der Stadt, behandelt wurde. Deshalb fordern wir eine sofortige Neuverlage des Iris-Konzeptes **mit** der Nekes-Sammlung, um weitere Peinlichkeiten diesbezüglich zu vermeiden.

In der entsprechenden Ratsanfrage ging es dann auch um bereits zugesagte Fördergelder von RWW und Land NRW und inwieweit Zuschüsse

durch die plötzliche Ablehnung der Nekes-Sammlung verlorengehen.

Selbstverständlich sollte auch Transparenz, hinsichtlich der wirklichen Gründe für den plötzlichen Abbruch der Verhandlungen mit Nekes durch die Stadt und Frau Mühlenfeld im Sommer geschaffen werden - zumal die "unüberbrückbaren gegensätzlichen Vorstellungen" in den Gesprächen offenbar nie thematisiert wurden.

Letztendlich sollte es mit der Einreichung unserer Anfrage aber darum gehen, endlich eine entscheidungsfähige Beschlussvorlage zu bekommen, damit die zuständigen Gremien und der Rat der Stadt noch in diesem Jahr zu einem endgültigen Entschluss kommen. Doch genau hier kommt die erwähnte undemokratische Ausschussbesetzung ins Spiel. Ausgerechnet im Hauptausschuss, in dem SPD, FDP und Frau Mühlenfeld eine Mehrheit haben, soll dem Iris-Medienmuseum der Todesstoß versetzt werden. (siehe S. 3 oben)



MBI unterstützt Klöttschen- und Heißener Str.-Anwohner bei der Forderung nach wirksamer Verkehrsberuhigung



Die Anwohner des Klöttschen und der Heißener Straße sind seit Jahrzehnten hohen Belastungen durch Verkehrslärm und Abgase ausgesetzt. Hinzu kommt die Gefährdung insbesondere für Kinder, da sich im unmittelbaren Einzugsbereich alleine 3 Kindergärten befinden. Es ist auch schon zu mehreren Unfällen gekommen.

Seit langem existieren Pläne, die Wohnbebauung auf einer Seite des Klöttschen abzureißen und die Straße auszubauen. Gegen diese Pläne haben sich

die Anwohner ebenso zur Wehr gesetzt wie gegen die bestehende Belastung durch den Durchgangsverkehr. Einige Wohngebäude sind schon länger in städtischem Besitz, stehen zum Teil seit langem leer und wurden dem Verfall überlassen. Ende September wurde mit dem Abbruch dieser Häuser begonnen. Die Verwaltung erklärte dazu, der Abbruch der Häuser solle Platz schaffen für eine Umgestaltung des Klöttschen mit

(Fortsetzung: nächste Seite)



Teilabriss einzelner Klöttschen-Häuser im Besitz der Stadt

Wählerwille mißachtet !

Weit über 10 % der Mülheimer Wähler haben in allen Fachausschüssen des Rates gerade eine von 14 Stimmen (zur Erinnerung: MBI mit 10,3 % = 1 Stimme, WIR keine Stimme!).

Andersherum haben in diesen Ausschüssen SPD und FDP zusammen 50 % der Sitze (aber zusammen keine 44 % der Wählerstimmen), könnten also jeden Antrag anderer Fraktionen ablehnen.

Der Hintergrund:

Im Vorfeld der ersten Ratssitzung hatten SPD, CDU, FDP und GRÜNE untereinander ausgehandelt, die Ratsausschüsse auf nunmehr 14 Personen zu begrenzen. Durch das bürokratische Belegungsverfahren erhielten in jedem Ausschuss die SPD 6 Sitze, die CDU 5 Sitze, alle anderen Fraktionen unabhängig von ihrer Stärke nur einen Sitz. Die FDP ist überall mit dabei, die WIR aber nicht mehr.

Noch abstruser wirds im Jugendhilfe- und **Hauptaus-**

Fortsetzung: Klöttchen

Zweirichtungsverkehr. Die Anwohner waren an den Planungen bisher nicht beteiligt und befürchten eine weitere Zunahme des Autoverkehrs. Sie begannen daher sofort Unterschriften zu sammeln und fordern endlich wirksame Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung und die Möglichkeit, an den Planungen mitzuwirken. Nach Jahrzehnten des Stillstandes und weiterer Verschlechterungen ist es dringend erforderlich, ein schnell umsetzbares, realistisches Verkehrskonzept für den gesamten Bereich, das insbesondere Klöttchen und Heißener Straße entlastet, zu erarbeiten. Dies sollte im Einvernehmen mit den Beteiligten geschehen, ohne dass vorher weitere Fakten, wie etwa die Einführung des Zweirichtungsverkehrs, geschaffen werden. Daher sollte die Bürgerversammlung möglichst bald, innerhalb des ersten Quartals 2005, einberufen werden.

Über 6500 Unterschriften für Bürgerbegehren gegen Ausverkauf kommunalen Eigentums



Auch die MBI sammeln Unterschriften für das von der Gewerkschaft ver.di initiierte Bürgerbegehren gegen die Privatisierung von städtischen Betrieben der Daseinsvorsorge. Das Beispiel MEG (Abfallentsorgung) zeigt bereits, dass die Bürger letztlich die Zeche zahlen müssen

schuss, dort haben SPD und FDP sogar eine Mehrheit von 1 Stimme (Im Hauptausschuss werden u. a. Beamtenernennungen, Höhergruppierungen und andere wichtige Angelegenheiten verhandelt!) Die MBI haben gegen diese Verdrehung des Wählerwillens Beschwerde beim Innenminister eingelegt.

Dies ist kein "Nachkarten", weil die MBI schlecht behandelt wurde, vielmehr widerspricht diese sonderbare Konstruktion schlicht demokratischen Verfassungsnormen.

Laut BVG-Urteil müssen Ausschüsse die Mehrheitsverhältnisse im Rat widerspiegeln, auch NRW-Innenminister Behrens stellt in seinem Erlass v. 12.3.04 fest: **„Gemeinderatsausschüsse müssen die Zusammensetzung des Plenums und das darin wirksame politische Meinungs- und Kräfte-spektrum widerspiegeln“**

Genau das ist auch die MBI-Linie, d.h. alle Fraktionen im Mülheimer Rat sollten sich schleunigst zusammensetzen und eine für alle verträgliche Lösung aushandeln, bei der der Wahlausgang Richtschnur sein muss und nicht bürokratische und mathematische Modelle!

Hartz IV: MBI für Erhaltung der Beratung im MALZ

Mülheim wird eine der wenigen Städte in NRW sein, die die Betroffenen von Hartz IV, also die "Arbeitslosengeld II - Bezieher" in Eigenregie betreuen wird. Dies mag Vorteile bei der Vermittlung und der individuellen Betreuung der Arbeitslosen gegenüber der Arbeitsamtpraxis bringen, die Unerfahrenheit der neuen städtischen "Case-Manager" und finanzielle Engpässe lassen aber auch Nachteile für die Betroffenen befürchten.

Die MBI treten daher für eine Fortsetzung der erfolgreichen unabhängigen professionellen Beratung durch das MALZ (Arbeitslosenzentrum) ein. Durch eine wahrscheinliche Teilförderung des MALZ durch das Land NRW und den Wegfall der früheren Geschäftsführerinnen-Posten (SPD-Frau Reif) reduziert sich der nötige städtische Zuschuss ab 2005 auf die Hälfte. Leider haben FDP und CDU ihre Unterstützung des MALZ wegen angeblichen "Doppel-Beratungsangebotes" bereits gekündigt, die SPD ist bisher zu keiner Stellungnahme bereit. Die MBI und auch die GRÜNEN setzen sich dagegen eindeutig für die MALZ-Beratung ein und engagieren sich entsprechend im neuen MALZ-Vorstand.

Darüber hinaus regen die MBI an, im Sozialausschuss des Rates ein entscheidungsfähiges Gremium einzurichten, in dem strittige Fälle aus dem künftigen HARTZ-IV Bereich aufgegriffen werden können bzw. Hartz-IV-Opfer dort eine Art Petitionsstelle für ihren Fall finden können.

Die Ratsvertreter/ innen der MBI



Lothar Reinhard
Fraktionssprecher



Hans-Georg Hötger
stellv. Fraktionssprecher



Friedel Lemke



Heidelore Godbersen



Birgit Hanf

Die MBI-Vertreterinnen der Bezirksvertretung 1



Annette
Klövekom



Birgit
Hanf

Die MBI-Vertreter der Bezirksvertretung 2



Friedel
Lemke

Norbert
Striemann

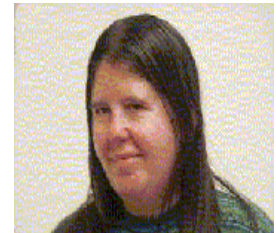


Die MBI-Vertreterinnen der Bezirksvertretung 3



Gesine
Schloßmacher

Heidelore
Godbersen



Ratsvertreter und weitere sachkundige Bürger der MBI in den Ausschüssen

Planungsausschuss: Lothar Reinhard, Heidelore Godbersen, Friedel Lemke, Dirk von Wedelstädt, Klaus Bürgers, Michael Kasimir, Ramona Schüttler, Jochen Kalka

Sozialausschuss - Ralf Kurbach, Jochen Kalka, Birgit Hanf, Nina Eumann, Norbert Striemann, Dietmar Berg, Martin Müller

Kulturausschuss - Friedel Lemke, Dean Luthmann, Susanne Schroer, Norbert Striemann, Gesine Schloßmacher

Umweltausschuss: Heidelore Godbersen, Birgit Hanf, Dirk v. Wedelstädt, Martin Ley, Gesine Schlossmacher

Ausschuss f. Bürgerservice - Dirk v. Wedelstädt, Martin Ley, Tobias Altmann, Michael Kasimir, Stefan Rittmann, Friedel Lemke

Sportausschuss - Hans-Georg Hötger, Jürgen Weinzierl, Jochen Kalka, Klaus Bürgers, Hans-Jörg Lenze, Maren Masche

Schulausschuss - Annette Klövekom, Hans-Jörg Lenze, Willi Schmitz-Post, Lothar Reinhard

Jugendhilfeausschuss: Wolfgang Piontek, Veronique Hötger

mehr Informationen von und über die MBI
im Internet unter www.mbi-mh.de
Dort steht vieles, was WAZ + NRZ verschweigen

MBI - Geschäftsstelle

Kohlenkamp 1, 45468 Mülheim a. d. Ruhr
Tel. 0208 - 3899810 Fax 0208 - 3899811